

Zimbabwe: Sozialistisches Land ohne Sozialismus

Von *Gerald Braun*

1. Zur Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung

Die Republik Zimbabwe ist ein Nachzügler in der Dekolonisation Schwarzafrikas, selbst gemessen an der jungen Geschichte des unabhängigen Kontinents. Gut sieben Jahre nach Erringung der Unabhängigkeit befindet sich die ehemalige Siedlerkolonie Rhodesien in einer Umbruchphase, deren Dauer und Ausgang kaum abzuschätzen sind. Bisher haben sich weder die Hoffnungen orthodoxer Marxisten auf eine sozialistische Transformation erfüllt, noch die Furcht konservativer Kritiker vor einem kommunistischen Chaos. Beide ideologischen Lager unterschätzen vermutlich die Kontinuität historisch überkommener Strukturen und Verhaltensweisen.

Tatsächlich ist Zimbabwe der Traum – oder Alptraum – jeden Dialektikers: Immer ist auch das Gegenteil wahr. Vor allem drei gesellschaftliche Widersprüche beherrschen die nachkoloniale Entwicklung des Landes:

- Der Versuch, einen zentralisierten Einparteiensaat zu schaffen ohne zentrifugale ethnisch-regionale Kräfte zu wecken.
- Das Bemühen um soziale Gerechtigkeit ohne wirtschaftliches Wachstum zu gefährden.
- Die offizielle Dekretierung des Marxismus-Leninismus ohne den afrikanischen Kapitalismus im Lande zu negieren.

Daß hieraus – mehr oder minder zwangsläufig – Konflikte erwachsen müssen, liegt auf der Hand.

2. Auf dem Weg in den Einparteiensaat

2.1 *Befreiungsbewegungen an der Macht*

Zur Überraschung ihrer Kritiker begann die Mehrheitsregierung des ›Marxisten‹ Mugabe mit einer Politik, die ziemlich genau das Gegenteil dessen war, was man erwartet hatte: Pragmatisch, flexibel – und zur Versöhnung über Rassen- und Klassenschranken hinweg bereit.

Die neue Regierung setzte deutliche Signale:

- Trotz seines Erdrutschsieges in den ersten freien Wahlen des Landes – knapp 63 Prozent der gültigen Stimmen für ZANU(PF) – bildete Premierminister Robert Mugabe eine breite Koalitionsregierung aus ZANU(PF) und ZAPU. Sein Rivale Joshua

Nkomo wurde in der Koalition Innenminister, nachdem er das Amt des – politisch bedeutungslosen – Staatspräsidenten abgelehnt hatte. Mugabe nahm zudem zwei Weiße in sein Kabinett auf.

- Im Bereich der inneren Sicherheit konzentrierte sich die Regierung auf die Integration der drei großen antagonistischen und unbesiegten Armeen (ZANLA, ZIPRA, Ex-Rhodesische Verbände). Dieser Prozeß verlief äußerst mühsam und konfliktreich. Er konnte erst nach blutigen Auseinandersetzungen (und mit Hilfe britischer Militärberater) abgeschlossen werden. Die neue zimbabwische Armee zählt heute zu den schlagkräftigsten Streitkräften im südlichen Afrika.
- Die Bevölkerung wurde – ungeachtet ihrer Hautfarbe – aufgefordert, sich die Hand zur Versöhnung zu reichen und gemeinsam einen konstruktiven Beitrag zum Aufbau eines demokratischen und egalitären Zimbabwe zu leisten. Zwar hatte die weiße Minderheit die politische Kontrolle über das Land verloren, sie behielt aber weiterhin die Kontrolle über weite Teile der Privatwirtschaft und ihren privilegierten gesellschaftlichen Status.

Die Versöhnungspolitik der Regierung Mugabe gelang nur partiell: Weder konnte sie in den ersten Jahren der jungen Republik einen Massenexodus der Weißen stoppen,¹ noch ethnisch-regionale Konflikte in der schwarzen Bevölkerung verhindern.

Zwei Probleme stehen im Vordergrund:

- (1) Die Instrumentalisierung ethnischer Auseinandersetzungen durch eine neue Klasse von »Ethno-Unternehmern«² – und dies auf allen Seiten;
- (2) Der Versuch der Regierung, die Volksgruppenkonflikte durch Bildung eines Einparteienstaates zu »lösen« – vermutlich mit kontraproduktiven Effekten.

2.2 *Die Renaissance der Ethno-Politik*

In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit zeigte sich, daß die Schwarzen mit ihrem Sieg besser umzugehen wußten als die Weißen mit ihrer Niederlage. Die Versöhnungspolitik der schwarzen Regierung wurde von den »hardlinern« unter den verbliebenen Weißen als Schwäche interpretiert, nicht als Stärke. Ihr Land hieß unverändert Rhodesien und ihr Premierminister Ian Smith. Daß die Gruppe der rassistischen »Rhodies« größer ist als allgemein angenommen, zeigten die Wahlen vom Juni 1985 für die 20 weißen Parlamentssitze. Ian Smith's Conservative Alliance errang einen überraschenden Sieg mit 15 von 20 Sitzen (vorher 7 Sitze).³ Der Ex-Premier ist zwar gesamtstaatlich praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, behauptete aber seine Führungsrolle in der weißen Politik nicht zuletzt durch Mobilisierung von Rassenvorurteilen; etwa durch Hin-

1 Die Zahl der Weißen ist von etwa 220 000 (1980) auf 100 000 (1986) gesunken. Ihre Zahl steigt jedoch durch die internationalen Experten und eine Rückwanderung (vor allem aus Südafrika) wieder leicht an.

2 Rothschild, Joseph, *Ethno-Politics. A Conceptual Framework*, New York 1981, S. 7.

3 Vier Sitze gingen an die Independent Zimbabwe Group, ein Sitz an den unabhängigen Independent-Kandidaten Chris Andersen.

weise auf die ›Unzivilisiertheit‹ der Schwarzen und deutliche Sympathien für das Apartheidsystem in Südafrika.⁴

Politisch wesentlich brisanter ist die wachsende Polarisierung innerhalb der schwarzen Führungsgruppen (nicht unbedingt innerhalb der schwarzen Bevölkerung). Mit zunehmender Verbreiterung der Legitimationsbasis von ZANU(PF) brachen die alten Konflikte mit J. Nkomos ZAPU und seinen Anhängern wieder auf; Konflikte, die aus persönlichen, taktisch-organisatorischen und ethnisch-regionalen Differenzen resultieren. ZAPU rekrutiert sich überwiegend aus den Nguni-sprechenden Stammesgruppen im Südwesten des Landes (Matabeleland), die lediglich 19 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, davon 14 Prozent Ndebele und 5 Prozent Kalanga. Der Anteil der Shona-sprechenden Gruppen in ZAPU wird auf 10–25 Prozent geschätzt, davon die Mehrzahl Zezurus. Dagegen kommen die meisten ZANU(PF)-Mitglieder und Anhänger aus den Shona-sprechenden Ethnien des Landes, die ca. 77 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentieren, davon Karanga 22 %, Zezuru 18 %, Manyika 13 %. Ndebele gibt es in ZANU(PF) nur wenige.⁵

Um seine politische Selbständigkeit zu erhalten (und der von Mugabe angekündigten Bildung eines Einparteienstaates zuvorzukommen), baute Nkomo nach der Unabhängigkeit seine Machtbasis in Matabeleland systematisch aus. Ab 1982 – nach Entdeckung umfangreicher ZAPU-Waffenlager und der Entlassung Nkomos aus dem Kabinett – eskalierten die Konflikte. Versprengte ZIPRA-Dissidenten begingen zahlreiche Terroranschläge in dem Versuch, die Regierung zu diskreditieren und die Wirtschaft der Matabele-Provinzen zu destabilisieren. Die Verbindungen der »Dissidenten« (so die Regierung) zu Parteikadern der ZAPU und zu südafrikanischen Geheimdienstkreisen sind unklar, aber vorhanden. Die Motive für diese Aktionen sind vielfältig.⁶ Entgegen anderslautenden Interpretationen aus ZANU(PF)-Kreisen sind sie vermutlich weniger von Nkomo initiiert, als vielmehr militanter Protest auch gegen Nkomos ›Ausverkaufs‹-Politik.

Die Regierung Mugabe reagierte mit eiserner Faust. Die 5. Armeebrigade (überwiegend Shonas) rückte in Matabeleland ein und versuchte, die Dissidentenbewegung gewaltsam zu zerschlagen. Bis Mai 1983 gab es 3000 Tote – meist Unschuldige. Ziele der Counterinsurgency-Strategie waren (1) der Schutz des weißen Farmsektors (2) die Eindämmung der von Südafrika unterstützten Anti-Regierungsaktionen, um Verhältnisse wie in An-

4 Ian Smith wurde im April 1987 für ein Jahr in seinen Rechten und Pflichten als Parlamentsmitglied suspendiert. Er hatte in Johannesburg die Südafrikaner zur Geschlossenheit im Kampf gegen Wirtschaftssanktionen aufgerufen. Die Suspendierung Smiths beraubte ihn der parlamentarischen Immunität, was bedeutet, daß gegen ihn rechtliche Schritte unternommen werden können.

5 In ZAPU sind Kalanga besonders im Exekutivkomitee überrepräsentiert. In ZANU(PF) dominieren die Manyika und Zezuru auf den unteren Parteiebenen, in der Führungsspitze wächst der Einfluß der Karanga. Mugabes Vater war Karanga, er wurde aber im Zezuru-Gebiet geboren.

6 »Although some dissidents have defined themselves as ZAPU's vanguard, the insurgency in Matabeleland has sources independent of the party; in the dire lack of employment opportunities in the region; in the forced demobilization of ex-combatants and the lack of re-integration schemes on their behalf; in the continuing peasant land hunger and discontent in the midst of massive white-land holdings; and in the grievances by militants over ›ineffectual leadership‹ within ZAPU itself.« Weitzer, Ronald, In Search of Régime Security: Zimbabwe Since Independence, in: The Journal of Modern African Studies, Vol. 22, No. 4, 1984, S. 554 f.

gola (UNITA) und Mosambik (RENAMO) zu verhindern und (3) wachsende Unterstützung für ZANU(PF) auch in Matabeleland zu gewinnen. Eine Eindämmung der Dissidenten-Anschläge gelang, nicht hingegen die Lösung des Konflikts. Im Gegenteil: Die terroristischen Aktionen der 5. Brigade stießen auf heftige Kritik der katholischen Kirche⁷ (und der internationalen Öffentlichkeit) und entfremdeten die Ndebele-Bevölkerung weiter von der Zentral-Regierung. Die Parlamentswahlen von 1985, zum Teil begleitet von Gewaltaktionen etwa der ZANU-Jugendbrigaden gegen Ndebele, erwiesen sich als Pyrrhussieg für die ZANU(PF). Die Regierungspartei errang zwar mit 77 % aller Wählerstimmen den größten Wahlsieg ihrer Geschichte, konnte jedoch keinen einzigen Sitz in Matabeleland erobern. Hier blieb ZAPU nicht nur dominierende politische Kraft, sie steigerte ihren Stimmenanteil sogar auf 84 %, wurde aber mit zusammen nur 4,5 Prozent in den restlichen Landesteilen praktisch zur Ethno-Partei.

Anders ausgedrückt: Die ethnisch-regionalen Konflikte sind in Zimbabwe ungelöst, trotz (oder gerade wegen) einer satten Dreiviertelmehrheit der ZANU(PF)-Regierung.

2.3 *Ethno-politisches Krisenmanagement im Einparteienstaat*

Die Regierung Mugabe reagierte auf die Renaissance ethnisch-regionaler Konflikte mit einer Doppelstrategie:

- (1) Sie leitete eine *Verfassungsrevision* ein, die darauf abzielte, die weiße Sperrminorität im Parlament abzuschaffen (20 von 100 Sitzen bei einem weißen Bevölkerungsanteil von 2 %). Mugabes Begründung: Eine ethnische Repräsentation sei Relikt der rhodesischen Rassengesellschaft. Zwischen Schwarz und Weiß bestehe kein Unterschied, da alle Zimbabweer seien; ein Argument, das formal zwar richtig ist, jedoch nicht der sozialen Realität entspricht. Dabei werde sich die Regierung strikt an die Lancaster-House-Constitution halten. Nach der Verfassung sind sieben Jahre nach der Unabhängigkeit, d. h. seit dem 18. 4. 1987, nicht mehr alle 100, sondern nur noch 70 Stimmen für eine Verfassungsänderung notwendig. Wie angesichts der faktischen Machtverhältnisse kaum anders zu erwarten, wurden die 20 »weißen« Parlamentssitze im August 1987 ohne Gegenstimme abgeschafft. Neben ZANU(PF) votierten auch die ZAPU-Parlamentarier geschlossen für eine Abschaffung (was manche weiße Kreise überraschte). Die Vertreter der weißen Conservative Party hatten vor Abstimmung aus Protest das House of Assembly verlassen. Ganz auf Linie der bisherigen Versöhnungspolitik wählten die schwarzen Abgeord-

7 »Methods which should be firm and just have degenerated into brutality and atrocity . . . It seems that the indemnity regulations issued in July 1982 may have given certain units or security forces the impression that they are above and outside the law . . . The facts point to a reign of terror.« Public Statement of the Zimbabwe Catholic Bishops' Conference, zit. in: The Herald, 30. March 1983. Die Menschenrechtsverletzungen in Matabeleland wurden unter anderen in fünf Berichten der Catholic Justice and Peace Commission dokumentiert (zwei Mitarbeiter der Kommission wurden daraufhin vorübergehend in Sicherheitshaft genommen). In diesen Berichten wird auch festgestellt, daß in Zimbabwe weniger Menschenrechtsverletzungen vorkommen als im früheren Rhodesien oder in Südafrika. Weitere Berichte existieren von Amnesty International (vom November 1985) und vom Lawyer's Committee for Human Rights (vom Mai 1986).

neten auf die freigewordenen 20 Sitze immerhin 11 weiße Vertreter, ausnahmslos aus der Business Community (Landwirtschaft, Industrie, Handel). Weiße Wirtschaftsinteressen sind damit im zimbabwischen Parlament besser vertreten als je zuvor.⁸

- (2) Nach dem Scheitern militärischer Lösungen in Matabeleland trieb die Regierung ihre Versuche voran, einen *Einparteienstaat* formal zu etablieren (man kann argumentieren, daß faktisch Zimbabwe bereits gegenwärtig ein Einparteienstaat unter ZANU(PF) ist). Premierminister Mugabe hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er das Westminster-Modell der Lancaster-Haus-Verfassung für oktroyiert und für die Probleme des Landes ungeeignet hält. »One party-rule is a political, a philosophical concept and idea that we cherish very strongly indeed . . . We genuinely believe this is the best way of going about building Zimbabwe's future.«⁹

Die Notwendigkeit eines Einparteienstaates wird wahlweise begründet mit (1) den Traditionen afrikanischer Stammesgesellschaften, die Oppositionsparteien nicht kannten; (2) dem Wunsch der Bevölkerung nach einem Einparteienstaat; (3) dem Argument, Mehrparteiensysteme seien ein Luxus, sprich: teuer und ineffektiv; (4) der Notwendigkeit eines »nation building« um tribalistische, ethnische und lokale Loyalitäten zu überwinden.¹⁰ Gegen alle vier Argumente gibt es theoretische wie empirische Einwände – auch von Zimbabwe selbst. (1) Politische Parteien im modernen Sinne hat es in afrikanischen Stammesgesellschaften nie gegeben;¹¹ (2) die Bevölkerung ist nicht gefragt, sondern von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt worden; (3) Multiparteiensysteme sind vermutlich langfristig kostengünstiger als korruptionsanfälligeren Einparteiensysteme, die Machtwechsel nur im Wege des Staatsstreichs zulassen; (4) der zentralisierte Einparteienstaat steht nicht nur in der Tradition autoritärer kolonialer, also importierter Systeme,¹² er ist auch das phantasiöseste Staatsmodell, für die Regelung von Volksgruppenkonflikten ungeeignet, vermutlich sogar kontraproduktiv. Verkürzt formuliert: Der Einparteienstaat, angetreten als ethno-politischer Krisenmanager, produziert seine eigenen ethnischen Konflikte.

So sind über die Vereinigungsverhandlungen zwischen ZANU(PF) und ZAPU Konflikte *innerhalb* von ZANU(PF) aufgebrochen, da die Integration von ZAPU das »tribal lining« zwischen den verschiedenen Gruppierungen in der Partei Mugabes durcheinander

8 Vgl. »White community well served by nominations« The Financial Gazette, Harare vom 16. 10. 1987.

9 Robert Mugabe, Interview in: Africa Report, September–October 1982, S. 7.

10 Vgl. hierzu im einzelnen: Shaw, William H., Towards the One-Party-State in Zimbabwe: A Study in African Political Thought, in: The Journal of Modern African Studies, Vol. 24, No. 3, 1986, S. 373 ff.

11 »Die Argumente zugunsten des Einparteienstaates sind sowohl unlogisch als auch nicht überzeugend. Uns wird gesagt, daß wir traditionell nie Oppositionsparteien hatten und daß er (der Einparteienstaat) in Übereinstimmung steht mit der afrikanischen Kultur und Tradition. Das ist offensichtlicher Unsinn. Wir hatten nie politische Parteien im modernen Sinn«. So der zimbabwische Schriftsteller Stanley Njamfukudza, in: Moto, April 1985, S. 5.

12 Vgl. Hanf, Theodor, Kulturelle Vielfalt als politische Herausforderung, in: Oberndörfer, Dieter; Hanf, Theodor (Hrsg.), Entwicklungspolitik, Stuttgart 1986, S. 88.

bringt.¹³ Den Konflikten in ZANU(PF) und möglichen wechselnden Koalitionen mit ZAPU ist bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden. Premierminister Mugabe erklärte denn auch zum zehnten Unabhängigkeitstag am 18. 4. 1987 das vorläufige Scheitern der Verhandlungen. Offenbar hatte er nicht nur den Widerstand der ZAPU unterschätzt, sondern auch die ethnisch-regionalen Kräfte in seiner eigenen Partei. Der 31. 12. 1987 war dann ein historisches Datum für Zimbabwe. Die Aufgaben von Minister- und Staatspräsident wurden unter einem neuen »exekutiven« Staatspräsidenten zusammengefaßt. Sein Name: Robert Mugabe. Wenige Tage zuvor waren ZANU(PF) und ZAPU zur neuen Einheitspartei ZANU(PF) vereinigt worden – offenbar mehr mit harter Hand als mit Überzeugungskraft. Unter der 27köpfigen neuen Regierung gibt es fünf Ex-ZAPU-Minister. J. Nkomo, der »Vater Zimbabwes« wurde hinter R. Mugabe Vizepräsident und Minister im Präsidialamt ohne Portefeuille. Die Regierung ist damit ihrem Ziel, dem Aufbau eines Präsidialsystems in einem Einparteiensstaat, de facto erheblich nähergekommen. De jure ist nach der Verfassung die Einführung eines Einparteiensstaates erst 1990 möglich.¹⁴ Ein Einparteiensystem könnte langfristig die innere Stabilität des Landes bedrohen. Die Rivalitäten zwischen und innerhalb von Shona- und Ndebele-Gruppierungen gehen tiefer als die politischen Konflikte zwischen ZANU(PF) und ZAPU. Sie werden mit der Vereinigung beider Parteien nicht ausgeräumt. Im Gegenteil: Die Volksgruppenkonflikte dürften ihre politische Dimension verlieren und voraussichtlich andere, gewalttätige Formen annehmen, die schwerer vorhersehbar und kontrollierbar werden. Dies auch aus externen Gründen: Mit Eskalation der Rassen- und Klassenseinandersetzungen in Südafrika wird die Botha-Regierung verstärkt »Dissidenten« finanziell und militärisch unterstützen; eine Strategie regionaler Destabilisierung, die in anderen Frontstaaten äußerst erfolgreich ist. Paradoxerweise könnte auch die Vereinigung von ZANU(PF) und ZAPU dazu beitragen, den Dissidenten neuen Aufschwung zu verleihen.

2.4 Eine neue Klasse von Ethno-Politikern

Natürlich ist es falsch, zumindest einseitig, die teilweise blutigen Konflikte als Rivalität zweier monolithischer Blöcke »ethnischer« Gruppen zu interpretieren. Macht-, Herrschafts- und Identitätskonflikte überlagern sich, vor allem aber: Es scheint sich mehr um Konflikte zwischen (und innerhalb) konkurrierender Führungsgruppen zu handeln als um ethnische Konflikte zwischen breiteren Bevölkerungsteilen. »Ethnizität« ist in der zimbabwischen Geschichte relativ jung.¹⁵ Konkret: Sie ist eine *Er-*

13 Im Frühjahr 1986 bezichtigten sich B. Hove und E. Zvobgo von der numerisch größten Shona-Gruppierung, den Karanga, und H. Ushewokunze – wie R. Mugabe aus der Zezuru-Gruppe – wechselseitig des »Tribalismus«.

14 Vgl. »Unity at Last«, The Herald, Harare vom 23. 12. 1987.

15 Vgl. zum folgenden: Ranger, Terence, The Invention of Tribalism in Zimbabwe, Gweru 1985. Noch im 19. Jahrhundert betrachtete die Kolonialverwaltung die »Karanga« oder »Zuzuru« nicht als Ethnien. So wurde etwa die Bitte von Prof. Luschan aus Berlin »for a series of skulls and skeletons of the different native tribes of Rhodesia« vom Chief Native Commissioner abschlägig beschieden, da es »tribal specimen« nicht gäbe.

findung des 20. Jahrhunderts – von Kolonialbeamten, Missionaren und schließlich einer schwarzen Ethno-Elite selbst. Im vorkolonialen Zimbabwe definierte sich die Bevölkerung politisch – als Untertan eines bestimmten Chiefs – nicht linguistisch, kulturell, religiös oder ethnisch. Die Chiefs herrschten in multi-ethnischen Gesellschaften. Die Vorstellung von vorgeblich natürlichen und tief verwurzelten Stämmen und Stammesrivalitäten ist eher Produkt einer selektiven Geschichtsinterpretation interessierter Politiker. Die Kategorisierung der ›Eingeborenen‹ nach vermeintlich naturgegebenen Stämmen kam einer ›Teile- und Herrsche‹-Politik der Kolonialverwaltung entgegen und erleichterte ihre Klassifikation nach (kolonial-)wirtschaftlichen Kriterien. »... Elaborate ethnic hierarchies of job classification grew up.«¹⁶ Die Missionsgesellschaften setzten, zumindest unter den shonasprechenden Gruppen, die ›Entwicklung‹ von Ethnien fort im verständlichen und durchaus eigennützigen Bemühen um Verschriftlichung der Sprache: Aus regionalen Dialekten wurden verschiedene Schriftsprachen, aus gesammelten ›Stammes-Bräuchen und -geschichten wurde schließlich Stammesgeschichte.¹⁷ Die Erfindung verschiedener Ethnien war keineswegs nur Ergebnis kolonialer oder missionarischer Manipulation – sonst hätte sie sich kaum als tragfähig erwiesen. Sie wurde auch von Teilen der afrikanischen Bevölkerung genutzt; etwa von Wanderarbeitern, um einen ethnisch klassifizierten Arbeitsplatz zu finden, und von einer neuen Elite schwarzer Ethno-Politiker, um ethnisch-kulturelle Identität als politische Ressource nutzen zu können. Ethno-Politik in diesem Sinne verläuft in Zimbabwe weniger in simplen Ndebele-/Shona-Kategorien als vielmehr in – zeitlich und regional wechselnden – Koalitionen innerhalb und zwischen Sub-Ethnien.

Bei der Unabhängigkeitswahl von 1980 wählte beispielsweise eine Shona-Gruppe, die Kalanga, nahezu geschlossen die vermeintliche Ndebele-Partei ZAPU. Und in jüngster Zeit hat der wechselseitige Vorwurf, ein ›Tribalist‹ zu sein, die fragile ethnische Machtbalance innerhalb der ZANU(PF) erschüttert.

Die Erfindung von Ethnizität, kultureller Identität und Tradition ist weder ungewöhnlich noch a priori negativ. Wenn Gruppen sich als Ndebele oder Shona, Manyika oder Kalanga fühlen, wird niemand sie daran hindern können. Zum gesellschaftlichen Problem wird neugeschaffene Identität jedoch, wenn sie rigide und exklusiv definiert wird – und negative Stereotype über die jeweils ›Anderen‹ verbreitet werden. Während das regierungsamtliche Geschichtsbild jenseits aller historischen Erfahrung den Typ des homogenen ›Einheits-Zimbabwers‹ kreiert, erfindet eine neue Klasse von Ethno-Politikern ethnisch-kulturelle Identität, indem Geschichte ebenso willkürlich selektiv interpretiert wird. Die Mehrzahl der ›alten Garde‹ hat stets ethnische Unterschiede in Zimbabwe als

16 Ranger, Terence, *The Invention of Tribalism* . . . a.a.O., S. 10.

17 Eine gute Illustration für England gibt C. M. Doke: »For the sake of argument, let us suppose England to be a heathen country. Four distinct Missionary Societies commence work, one among the Cockneys, one among the University class, one in Yorkshire and one in Devonshire. Each produces a translation into the ›local vernacular, each further uses a different orthography and some split up the words into small component parts. What an enormous difference there would be between the four literary efforts; they would not be mutually understood.« Doke, C. M., *Report on the Unification of the Shona Dialects*, Hartford 1931, S. 3 ff.

irrelevant betrachtet und im großen und ganzen auch danach gehandelt. Wenn nicht alles täuscht, scheint sich in ihrer Nachfolgegeneration der Typ eines dynamischen Ethno-Politikers herauszukristallisieren, der Gruppengegensätze ausbeutet, sie als Mittel der Solidaritätsbildung und politischen Mobilisierung nutzt. Volksgruppenidentität wird so zur politischen Ressource im Interesse der Herrschaftssicherung und Privilegienwahrung kompetitiver Führungsgruppen; etwa indem Koalitionen nur noch auf ethnischer Basis geschlossen, politische Positionen und knappe wirtschaftliche Ressourcen exklusiv nach ethnischen Kriterien vergeben werden. »Despite the elite's explicit objection of the relevance of ethnicity to the allocation of rewards and opportunities in the new order, there has been some conflict couched in ethnic terms and there have been accusations of ethnically based behavior.«¹⁸

3. Sozialistische Entwicklungsstrategie zwischen Wachstum und Gleichheit

3.1 Die historische Hypothek

Die weiße Rebellenkolonie Rhodesien hinterließ dem schwarzen Nationalstaat ein durchaus gemischtes Erbe.¹⁹ Gemessen an Ressourcenausstattung und Technologiepotential zählt Zimbabwe zu den wirtschaftlich zukunftssträchigsten Staaten Schwarzafrikas. Das Land produziert mehr als vierzig mineralische Rohstoffe; der Agrarsektor sichert bei durchschnittlicher Ernte die Selbstversorgung der Bevölkerung mit allen wichtigen Nahrungsmitteln; die diversifizierte Industrie erzeugt mehr als 90 % aller industriellen Produkte, die das Land benötigt. Mit einem Anteil von 30 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der gewerbliche Sektor größer als in jedem anderen Staat Schwarzafrikas. Es wird allgemein akzeptiert, daß die internationalen Sanktionen 1966 bis 1980 den Aufbau einer diversifizierten und autozentrierten Wirtschaft eher erleichtert haben. Auf der anderen Seite erbte Zimbabwe eine extrem dualistische Volkswirtschaft. Etwa 95 % des BIP werden vom modernen Sektor (Bergbau, Industrie, kommerzielle weiße Farmwirtschaft) erwirtschaftet. Nur 4 bis 5 % des BIP fallen auf die Subistenzproduktion, die – unter anderem über ein System der Wanderarbeit – funktional auf den modernen Sektor bezogen und von ihm abhängig ist. Infolge rassistischer Diskriminierung, ungleicher Bildungschancen etc. existieren krasse Einkommensunterschiede zwischen Weiß und Schwarz. Zur Zeit der Unabhängigkeit war das durchschnittliche Jahreseinkommen von Weißen etwa zehnmal so groß wie das der Schwarzen. Im Agrarsektor, dem größten Arbeitgeber, betrugen die Abstände sogar das 26-fache. 12 der 15 profitabelsten Unternehmen Zimbabwes sind in ausländischem Besitz, von den fünf größten Banken des Landes sind es vier. Der Bergbau ist nahezu vollständig in ausländischer Hand (95 %).

¹⁸ Nelson, H. D. (ed.), Zimbabwe. A Country Study, Washington D.C. 1983, S. 73.

¹⁹ Vgl. zum folgenden: Nelson, H. D., (ed.), Zimbabwe. A Country Study . . . a.a.O., S. 154 f.

Besonders gravierend ist die Ungleichheit in der Landverteilung (daher J. Nkomos Bemerkung während der Lancaster-Haus-Konferenz: »We fought our war for land«). Die 14,8 Mio. Hektar Land der Commercial Farming Areas gehörten nur etwa 4800 weißen Farmern (zur Zeit der Unabhängigkeit 7000 Farmer). Sie produzieren ca. drei Viertel der gesamten agrarischen Erzeugung des Landes. Umgekehrt umfassen die ehemaligen Tribal Trust Lands – jetzt Communal Areas – 16,3 Mio. Hektar klimatisch-ökologisch marginaler Flächen. Sie können etwa 325 000 Familien ausreichend ernähren, auf ihnen leben aber 780 000 Familien (ca. 3,7 Mio. Menschen). Enormer Bevölkerungsdruck, Verschlechterung der Ökologie und sinkende Tragfähigkeit der Flächen dürften langfristig zur Verarmung in den kommunalen Gebieten und zu weiterer Landflucht führen.

3.2 *Wachstum und Gleichheit: Die Quadratur des Kreises*

Die Regierung Mugabe favorisierte auch im wirtschaftlichen Bereich »weiche Lösungen«. ²⁰ Trotz erheblichen Drucks des radikalen Flügels ²¹ versuchte sie, die diffizile Entscheidung zwischen Wachstum und Gleichheit möglichst zu vermeiden. Tatsächlich gelang es unter dem Motto »Growth with Equity« im großen und ganzen, beide Ziele zu verwirklichen. ²²

Die Wachstumsrate des BIP lag jährlich bei real 2,7 % (1980–1985); ²³ ein Wert, der die Zuwachsraten vergleichbarer Nachbarstaaten erheblich übertrifft – Südafrika eingeschlossen. Die gesamtwirtschaftlichen Erfolge sind nicht zuletzt Ergebnis einer einzigartigen »Erfolgsstory« in der ländlichen Entwicklung. ²⁴ Seit der Unabhängigkeit stieg die landwirtschaftliche Erzeugung jährlich um 4,5 %. Eine *Produktionsrevolution* fand vor allem in den Communal Areas, dem bislang benachteiligten Subsistenzsektor, statt. Hier stieg die Erzeugung von Mais, dem wichtigsten Grundnahrungsmittel, von 80 000 Tonnen (1979) auf 1,6 Mio. Tonnen (1986). Zimbabwes Kleinbauern gehören damit zu den wenigen in Afrika, die heute pro Kopf mehr erzeugen als vor zehn Jahren. Inzwischen bereiten die Agrarüberschüsse der Regierung wachsende Probleme.

Gleichzeitig waren substantielle Fortschritte beim Aufbau einer egalitären Gesellschaft zu verzeichnen; etwa durch Einführung einer Mindestlohngesetzgebung; durch Ausdehnung staatlicher Gesundheitsleistungen auf die schwarze Bevölkerungsmehrheit und durch Verbesserung der ländlichen Infrastruktur. Wie in anderen Staaten Schwarzafrikas war das schnelle Wachstum des Bildungsangebots für die schwarze Bevölkerung be-

20 Gordon, David F., *Development Strategy in Zimbabwe: Assessments and Prospects*, in: Schatzberg, Michael G. (ed.), *The Political Economy of Zimbabwe*, New York 1984, S. 126.

21 Vgl. Libby, Ronald T., *Development Strategies and Political Divisions Within the Zimbabwean State*, in: Schatzberg, Michael G. (ed.), *The Political Economy of Zimbabwe* . . . a.a.O., S. 144 ff.

22 Vgl. hierzu auch: Riddell, Roger C., *Zimbabwe: The Economy Four Years after Independence*, in: *African Affairs*, Vol. 83, No. 333, October 1984, S. 463 ff.

23 Vgl. zum folgenden: The Economist Intelligence Unit, *Country Report Zimbabwe, Malawi*, No. 4, 1987, S. 2 ff.

24 Vgl. hierzu im einzelnen: Bratton, Michael, *The Comrades and the Countryside: The Politics of Agricultural Policy in Zimbabwe*, in: *World Politics*, Vol. XXXIV, No. 2, January 1987, S. 174 ff.

deutsamstes Zeichen eines Abbaus rassistischer Diskriminierung. So erhöhte sich die Zahl der Primarschüler von 820 000 (1979) auf 2,3 Mio. (1986). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Sekundarschüler von 74 000 auf 546 000.²⁵

Voraussetzung für die skizzierten Erfolge der Regierung war eine pragmatische Reformpolitik, die ordnungspolitisch auf einer mixed economy beruhte und die tradierten Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse der Weißen weitgehend respektierte.²⁶ Vier Gründe waren dafür mitentscheidend: (1) Die Declaration of Rights in der Lancaster-Haus-Verfassung schließt entschädigungslose Nationalisierungen aus; (2) die Erfahrungen Mosambiks mit planwirtschaftlichen Wirtschaftsmodellen reizten nicht zur Nachahmung; (3) die westlichen Entwicklungshilfe-Geber wären durch eine dezidiert sozialistische Entwicklungsstrategie eher abgeschreckt worden; (4) der Regierung schienen radikale Alternativen zum überkommenen kapitalistischen Wirtschaftssystem im weitesten Sinne des Wortes zu teuer.

3.3 *Der Fünfjahres-Plan 1986–1990: Wachstum vor Gleichheit*

Der Verzicht auf ›harte‹ Lösungen in der Entwicklungsstrategie hatte seinen Preis:

- (1) Die Umsiedlungsprogramme und die avisierte Landreform als Eckpfeiler des Dreijahresplans 1982–1985 konnten nicht verwirklicht werden. Statt 162 000 Familien – wie ursprünglich geplant – konnten nur 36 000 umgesiedelt werden. Die Resettlement-Aktionen sind 1985/86, u. a. wegen Geldmangels, praktisch zum Stillstand gekommen.
- (2) Die Minen- und die Industrieproduktion stagnieren seit der Unabhängigkeit (Minenindex 99,4 (1986); Industrieindex 114,5 (1986); 1980 = 100).²⁷ Erweiterungsinvestitionen werden kaum getätigt, unter anderem wegen internen Kaufkraftmangels, der Weltrezession, akuter Devisenengpässe und einer Wirtschaftspolitik, die von der Business Community als ›schleichender Sozialismus‹ betrachtet wird (Gewinntransferbeschränkungen, fehlender Investitionskodex, Mindestlohnpolitik etc.).²⁸
- (3) Ungelöst und von wachsender gesellschaftlicher Brisanz ist schließlich vor allem das *Arbeitslosenproblem*. Die Zahl der Arbeitsplätze im produktiven Sektor ging in den letzten drei Jahren um 1,2 % zurück, während sie bei sozialen Diensten um 2,9 % wuchs. Unter optimistischen Annahmen wird die Gesamtbeschäftigung im formalen Sektor von 1,04 Mio. (1985) auf 1,23 Mio. (1991) steigen.²⁹ Im gleichen Zeitraum werden allein 1,2 Mio. Sekundarschulabgänger auf den Arbeitsmarkt

25 African Economic Digest, Special Report Zimbabwe, April 1986, S. 37.

26 »The Prime Minister, Cde. Mugabe said in Harare yesterday, the introduction of socialism would be practical and pragmatic and there would be no need for nationalisation . . . The Government had accepted the reality of capitalism inherited in agriculture, manufacturing and mining sectors. The initial implementation of socialist ideas would be undertaken in areas where the economy would not be adversely affected«. The Herald, Harare vom 16. 2. 1985.

27 Vgl. The Economist Intelligence Unit, Country Report Zimbabwe, Malawi, No. 4, 1987, S. 2.

28 Vgl. z. B. die Ausführungen in der wirtschaftsnahen Financial Gazette, Harare vom 31. 5. 1985.

29 Vgl. Standard Chartered Bank, Economic Bulletin Zimbabwe, May 1986, S. 4.

drängen. Anders formuliert: Am Anfang des nächsten Jahrzehnts wird es 1,35 Mio. Arbeitslose in Zimbabwe geben³⁰ – ohne Perspektiven.

Vor dem skizzierten Hintergrund versucht der Fünfjahresplan 1986–1990 Schritte aufzuzeigen, die notwendig sind, um eine »demokratische, egalitäre und sozialistische Gesellschaft«³¹ aufzubauen. Folgende Ziele stehen im Vordergrund:

- Transformation und Kontrolle der Volkswirtschaft bei weiterer Expansion (»war for economic liberation«).
- Landreform, gerechtere Landverteilung und effektive Landnutzung;
- Neue Arbeitsplätze (144 000 im Planungszeitraum), die man durch hohes Wirtschaftswachstum zu schaffen sucht.

Gesamtwirtschaftlich soll das Schwergewicht der Investitionen (7,1 Mrd. Z\$, davon 36 % vom Staat) auf der materiellen Produktion liegen, insbesondere auf den produktiven Sektoren der Volkswirtschaft. Demgegenüber plant man, den Anteil der öffentlichen Sozialausgaben für Wohnungsbau, Erziehung und Gesundheit zu senken. Der für die Legitimierung der Regierung (überlebens-)wichtige Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems brachte für die Masse der Bevölkerung erhebliche soziale Verbesserungen, führte aber auch, wie die Planer nun kritisieren, zu »Haushaltsdefiziten und Verzerrungen im Muster der Regierungsausgaben«.³² Mit anderen Worten: Die Regierung versucht, Produktion und Produktivität anzuheben und die Explosion der Sozialausgaben einzudämmen. *Statt mehr Gleichheit – mehr Wachstum.*

Der Fünfjahresplan ist in ersten Reaktionen kontrovers beurteilt worden. Konservativ-liberalen Kritikern gilt er als Manifest endgültiger Transformation Zimbabwes in eine sozialistische Gesellschaft. Von katholisch-sozialistischer Seite hingegen wird er als »produktivistisch« und »technokratisch« kritisiert. »Anstatt zu fragen, wie sich die 8,5 Mio. Menschen des Landes am besten mit kreativer und produktiver Arbeit beschäftigen können, setzt der Plan »Produktionsziele« und legt auf dieser Grundlage fest, wieviele Leute in diese Ziele passen. Entwicklung wird als ein »technischer Prozeß« gesehen, in dem die führende Rolle dem Kapital und nicht den Menschen zufällt«.³³

4. Marxismus-Leninismus – eine revolutionäre Mythologie?

4.1 Der Marxismus zimbabwischer Provinienz

Auch im ideologischen Bereich ist Pragmatismus – orthodoxe Kritiker sprechen sogar von Revisionismus – angezeigt. Das neue Parteistatut der ZANU(PF) von 1984 erklärt den Marxismus-Leninismus zur ideologischen Basis der Regierungspartei: »The aims

30 Vgl. Standard Chartered Bank, *Economie Bulletin Zimbabwe*, May 1987, S. 8.

31 Republic of Zimbabwe, *First Five-Years National Development Plan 1986–1990*, Vol. 1. April 1986.

32 Becker, Joachim, *Der Fünfjahresplan*, in: ISSA, No. 7, 1986, S. 27.

33 So das katholische Nachrichtenmagazin MOTO, Harare im Mai 1986.

and objects of the Party shall be . . . to establish and sustain a Socialist State in Zimbabwe based on Marxist-Leninist principles, *but* firmly based on our historical, cultural and social experience, in which the Political Order is based on Adult Universal Suffrage under the Vanguard leadership of the workers, peasants and intellectuals.« (Draft Constitution, Chapter II, § 5, S. 4). Auch nach der Bildung der Einheitspartei gilt unverändert: »The party shall seek to establish a one-party state in Zimbabwe and establish a socialist state along Marxist-Leninist principles« (The Herald, Harare vom 23. 12. 1987).

Die Orientierung von ZANU(PF) an einem so definierten Marxismus-Leninismus ist weder neu noch eindeutig. Eine präzise parteiamtliche Definition des Marxismus-Leninismus zimbabweischen Typs existiert bis heute nicht. Die Übernahme marxistisch-leninistischer Prinzipien ist auch historisch ungeklärt. Robert Mugabe, heute Staatspräsident und Erster Sekretär des Politbüros von ZANU(PF) sprach 1978 davon, der »Wissenschaftliche Sozialismus« sei 1973 von der Partei angenommen worden und formuliert vorsichtig: »We would like to establish a socio-economic system which is based on Marxism-Leninism.«³⁴ Allerdings hatte sich die ZANU(PF) bereits in ihrem Programm von 1972 dafür eingesetzt, »den Wissenschaftlichen Sozialismus und den Marxismus-Leninismus auf die objektiven und subjektiven Bedingungen in Zimbabwe an(zu)wenden.«³⁵

Zweierlei scheint festzustehen:

- (1) Der Bruch zwischen den konkurrierenden Befreiungsbewegungen bzw. Parteien ZANU(PF) und ZAPU hatte viele Gründe – nur keine ideologischen. Auch ZAPU forderte zunächst den Aufbau einer »Demokratischen Volksrepublik Zimbabwe« mit einer Programmatik, die zur ZANU(PF) mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufwies.³⁶
- (2) Marxismus-Leninismus bzw. Wissenschaftlicher Sozialismus wurden – historisch durchaus verständlich – zunächst überwiegend negativ definiert: In Abgrenzung zum »rassistischen Kapitalismus« aber auch zum »Afrikanischen Sozialismus«. Das neue Zimbabwe sollte – auf einen kurzen Nenner gebracht – »anti-rassistisch«, »anti-kapitalistisch« und »anti-imperialistisch« sein. Überraschenderweise fehlen aber auch – vom Hinweis auf kulturelle Traditionen abgesehen – konkrete Bezüge zum »Afrikanischen Sozialismus« in seinen verschiedenen Varianten; wie Kritiker meinen, weil sich der Verbrauch dieser Doktrinen etwa in Sambia oder Tansania zum damaligen Zeitpunkt bereits abzeichnete.

Positiv gewendet bedeutet dies u. a.: Die Partei soll als Avantgarde der Revolution (1) Volkseigentum an Land und Produktionsmitteln schaffen; (2) Gleichheit der Rassen und

34 In einem Interview mit dem Observer, zit. in: Mugabe, Robert, Our War of Liberation, Harare 1983, S. 180.

35 Politisches Programm. Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) vom 1. August 1972, S. 3; abgedruckt in: Komitee Südliches Afrika/Heidelberg (Hrsg.), Freiheit für Zimbabwe, Heidelberg 1974.

36 So plädierte ZAPU dafür (1) »den Sozialismus zum herrschenden System oder zur maßgeblichen Ordnung« in der Verfassung von Zimbabwe zu erklären, setzte sich (2) für die »Bewahrung und Nutzung aller Produktionsmittel von den und für das Volk durch seinen Staat« ein und erklärte (3) »die größte Gefahr für die Unabhängigkeit eines Volkes . . . (liege) im Import von ausländischem Kapital«. Programm der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) von 1971/72, abgedruckt in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Heft 5/6, 1973, S. 43 f.

Geschlechter herstellen und (3) den Zusammenschluß mit anderen fortschrittlichen Kräften in der Welt fördern. Wahlweise beruft man sich dabei auf die Kräfte der nationalen Unabhängigkeit, des Sozialismus, der demokratischen Selbstbestimmung, auf marxistisch-leninistische Prinzipien, und auf den »Allmächtigen Gott«.³⁷

Ein so definierter »Marxismus-Leninismus« wurde zum ideologischen Sammelbegriff, der konkret genug war, um für den Befreiungskampf eine revolutionäre Mythologie zu schaffen, und vage genug, um heterogene ideologische Strömungen zu inkorporieren.

4.2 *Die Entideologisierung der Gesellschaft*

Viel mehr ideologische Klarheit hat sich seither nicht eingestellt³⁸ – trotz massiver Kritik der marxistischen Orthodoxie. Eher ist das Gegenteil der Fall: Im Zuge einer Entideologisierung der Gesellschaft (zumindest was marxistische Ideologien anlangt), scheint der »Marxismus-Leninismus« an programmatischer Schwungkraft zu verlieren – was nicht heißt, die Ernsthaftigkeit seiner Protagonisten zu bezweifeln. Umgekehrt formuliert: Im realen Sozialismus Zimbabwes haben auch christliche Ideale, technokratisches Effizienzdenken und – nicht zuletzt – kapitalistische Konsum- und Profitorientierung ihren Platz.

Dies hat verschiedene Gründe:

Die Regierungspartei ZANU(PF) ist eher eine lose Allianz heterogener ethnischer, ideologischer und sozialer Gruppierungen denn eine straffe Kaderpartei. Sie versteht sich auch nicht als Avantgarde eines wie auch immer gearteten »revolutionären Subjekts«, sondern als Volkspartei, die tendenziell die gesamte Nation umfassen will. In der Praxis ist sie bislang wenig mehr als ein Instrument der Regierung zur Mobilisierung von Massenloyalität und Legitimationsbeschaffung.

Die eher spärlichen programmatischen Aussagen über den »Marxismus-Leninismus« korrespondieren mit verbreiteter Unkenntnis in der Bevölkerung, aber auch im Funktionsapparat. Bislang fehlen sämtliche organisatorisch-technischen Voraussetzungen, dieses Ideologiedefizit abzubauen – was den Verdacht nährt, daß ein gesteigertes Interesse an sozialistischer Theorie- bzw. Ideologieproduktion nicht besteht. Neuere empirische Studien gehen noch weiter: Die Mehrheit der Bevölkerung versteht weder etwas vom Sozialismus – noch glaubt sie an ihn. »About 62 percent of ordinary people, leaders and decision-makers interviewed during the survey assessed the percentage of Zimbabweans subscribing to the socialist ideology as between zero and 20 percent.«³⁹

Als Faktoren, die einer sozialistischen Transformation entgegenstehen, werden in Befragungen u. a. genannt:

37 Politisches Programm. Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) vom 1. August 1972 . . . a.a.O., S. 8.

38 Vgl. hierzu etwa: Robert Mugabe, *The Construction of Socialism in Zimbabwe*, Policy Statement No. 14, Juli 9, Harare 1984. In dieser programmatischen Rede zitierte der damalige Premierminister zustimmend u. a. J. Nyerere, K. Marx, Fidel Castro, Kim Il Sung, Erich Honecker, J. Tito, Mao Tse-Tung, Todor Zhivkov, N. Ceausescu und die Bibel.

39 So das Ergebnis einer Befragung von Sipho Shabala, zit. in: *The Herald*, Harare vom 9. 2. 1987.

- Die Respektierung und Förderung des privaten Wirtschaftssektors durch die sozialistische Regierung;
- Unwissenheit und mangelndes Vertrauen der Bevölkerung in den ›Sozialismus‹ und
- Mangel an Engagement (›commitment‹) für den ›Sozialismus‹ bei einer beträchtlichen Zahl von Staatsdienern.

So ist gegenwärtig nicht auszumachen, wer Träger einer Transformation zum Sozialismus in Zimbabwe sein könnte. Die relativ kleine Arbeiterklasse scheint keineswegs die Avantgarde der Revolution zu sein. Und auch die Bauern sind offenbar – wie die vergangenen Jahre zeigen – eher an privatem Landbesitz interessiert als an den sozialistischen Kooperativen.⁴⁰ Diese eher kapitalistische Einstellung dürfte auch weitgehend für den Funktionsapparat der Regierungspartei ZANU(PF) zutreffen (was nicht ausschließt, daß einzelne Intellektuelle und Parteikader an einer sozialistischen Transformation arbeiten). Die mittlere und untere Parteiebene rekrutiert sich überwiegend aus der neuen, postkolonialen Klasse von ›emergent businessmen‹ – Masterfarmern, Händlern, Gewerbetreibenden –, deren privatwirtschaftliche Interessen einer sozialistischen Transformation diametral entgegenstehen (wie immer sie auch im einzelnen aussehen mag).

Daß »Zimbabwe has become a socialist country without prospect of socialism«⁴¹ liegt nicht zuletzt an der politischen Kultur der ehemaligen Siedlerkolonie, also an den dominierenden Werten, Einstellungen und Verhaltensweisen im soziopolitischen System. Der Marxismus-Leninismus hat in Zimbabwe weder die lange Geschichte noch die solide institutionelle Verankerung zweier konkurrierender Ideologien: eines konservativen Autoritarismus und eines liberalen Kapitalismus.⁴² Beide Doktrinen sind keineswegs auf die weiße Minderheit beschränkt – und beide sind in den Lancaster-Haus-Vereinbarungen implizit festgelegt.

Der konservative Autoritarismus⁴³ manifestiert sich in einem zentralistischen Exekutivstaat, in dem das Parlament mehr Publizitäts- als Kontrollorgan ist, in einem elaborierten System politischer Kontrollen (Massenmedien, Interessengruppen, Jurisdiktion) und einem schlagkräftigen Sicherheitsapparat, der auf der Basis von – übernommenen – Ausnahmegesetzen operiert (Emergency Powers Act). Dieser konservative Autoritarismus steht in verblüffender Kontinuität zum rhodesischen Siedlerstaat – ebenso die Allgegenwart und Vitalität eines dynamischen Kapitalismus.⁴⁴ Er durchzieht nicht nur alle Wirtschaftszweige und sozialen Klassen des modernen Sektors, sondern bestimmt als ›Gras-

40 Auch Premierminister R. Mugabe hat die zimbabwischen Bauern wiederholt als »capitalistic« charakterisiert.

41 So ein Funktionär der ZANU(PF), zitiert in: Sylvester, Christine, Zimbabwe's 1985 Elections: A Search for National Mythology, in: The Journal of Modern African Studies, Vol. 24, No. 1, 1986, S. 238.

42 Vgl. hierzu im einzelnen: Sylvester, Christine, Zimbabwe's 1985 Elections: A Search for National Mythology ... a.a.O., S. 229.

43 Konservativ ist dieser Autoritarismus, weil er nicht gestalten, kein Konzept und keine Idee durchsetzen, sondern lediglich Bedingungen schaffen will, um den politischen status quo zu erhalten.

44 »Perhaps the most recurring and important dichotomy is that between the rhetoric of socialist transformation ... and the reality of the continued presence, dominance, and indeed, vitality of the inherited capitalist economy«. Gordon, David F., Development Strategy in Zimbabwe ... a.a.O., S. 119.

wurzel«-Kapitalismus zunehmend auch den Lebensrhythmus der vermeintlich vorkapitalistischen, subsistenzorientierten Bauern. »Der« Kapitalismus ist damit heute eine der wenigen Institutionen, die in Zimbabwe ethnische und soziale Grenzen überschreitet. »Ironically it seems to be doing more than anything else to maintain a sense of national unity and purpose within the indigenous economic community.«⁴⁵

Polemisch überspitzt bleibt festzuhalten: Gegenwärtig basiert die erfolgreiche Entwicklung Zimbabwes auf zwei Mythen: Der erste Mythos ist, daß die ZANU(PF) eine marxistisch-leninistische Partei sei; der zweite, daß Zimbabwe sich auf dem Wege zum Sozialismus befinde.

45 Hull, Richard W., Zimbabwe's Elusive Quest for Unity, in: Current History, May 1986, S. 211.

Zimbabwe: A Socialist Country without Socialism

By *Gerald Braun*

The Republic of Zimbabwe was one of the last African countries to become independent. Today, the country is in the midst of a longlasting period of change which is marked by three major dialectic conflicts: Firstly, the government attempts to create a centralized one-party state without awakening regional ethnic movements. Secondly, it strives for more social justice without endangering economic growth. Thirdly, the official dogma of Marxism-Leninism is maintained, yet African capitalism within the country is not challenged. The study examines the trends concerning these social issues and their impact on the country's development. The author questions the Marxist character of Prime Minister Mugabe's pragmatic and flexible political course of reconciliation towards political enemies. Whereas Robert Mugabe tried to include Ian Smith and the white minority as well as the opposition movement of Joshua Nkomo in his continuous effort to form a unified nation, his idea to establish a Marxist one-party state showed little respect for tribal traditions and popular consent. In quest of unity, elements of diversity were neglected. Conflicts with various ethnic groups, however, do not prove a long-standing tradition of tribal animosity in Zimbabwe. On the contrary, ethnic elements have always played a minor role in the country's history until they were deliberately used to create a separate cultural identity for certain groups of the population. In terms of economic inequality, the Mugabe Administration tried to ease the discrepancy between rich and poor under its motto: »Growth with Equality«. This »soft approach«, however, de-emphasised a number of plans to reconstruct the country's economy.

Marxist-Leninist doctrine has been a flexible instrument for the government to fight racism, imperialism and capitalism, but never served as a solid foundation for a general and programmatic ideology. Therefore Christian values, technocratic ideals of efficiency and capitalist concepts of profit play a role which should not be underestimated.

From Carter to Reagan: American Foreign Policy in Southern Africa between Change and Continuity

By *Uwe Tonndorf*

When Ronald Reagan took office in 1980 he declared that he would change American foreign policy towards Southern Africa. This article examines the degree of change by comparing the Reagan Administration's Southern African policy with the Carter Administration's. The analysis is conducted on three levels: in terms of the ideological premises, of regional strategy and of actual policy measures. The conceptual models of change for the Republic of South Africa as the major power in the region occupy a central place